

Kieler Nachrichten - Kieler Zeitung vom 24.08.2018 , Seite 9

Gute Chancen für LNG-Terminal in Brunsbüttel

Bundeswirtschaftsminister zu Besuch in Kiel: Auch Landstrom-Projekt für Kreuzfahrthäfen scheint genehmigungsfähig

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Schleswig-Holstein liegt im Wettbewerb um ein Landstrom-Projekt und ein Flüssiggas-Terminal gut im Rennen. Das ließ Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Daniel Günther (beide CDU) gestern in Kiel durchblicken. Der Bund will noch in diesem Jahr für beide Projekte wichtige Weichen stellen.

„Das mittel- bis langfristige Ziel des Bundes ist es, den Schiffsdiesel bei Liegezeiten im Hafen durch Strom aus erneuerbaren Energien zu ersetzen“, sagte Altmaier. Der Ha-

ken: Der Öko-Strom ist teurer als der Diesel, weil die EU sich gegen eine Befreiung des

Landstroms von der EEG-Umlage sperrt. Geprüft wird deshalb ein eher genehmigungsfähiges Pilotprojekt für Kreuzfahrthäfen. „Es geht nicht darum, Kreuzfahrtschiffe zu subventionieren, sondern um die Verbesserung der Luftqualität in Kiel, Hamburg oder anderen Städten.“

LNG-Terminal kostet rund 450 Millionen Euro

Auf einen Zuschlag darf das Land auch beim Terminal für Flüssiggas (LNG) hoffen, zumal auch Hamburg auf den Standort Brunsbüttel setzt. Außenministerchancen werden Wilhelmshaven zugebilligt. Altmaier lobte Brunsbüttel, ließ

aber offen, in welcher Höhe der Bund das rund 450 Millionen Euro teure Projekt fördern könnte.

Altmaier, Günther und Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) besprachen weitere Vorhaben. Im Wettbewerb um ein Fraunhofer-Institut für Speichertechnik ist Schleswig-Holstein nur einer von vielen Bewerbern. Mehr Chancen dürfte insbesondere die Westküste auf Fördergelder aus einem 200-Millionen-Programm für „Reallabore“ haben. So oder so – über den „lieben Daniel“ und sein Kabinett war Altmaier voll des Lobes. „Von der Regierung geht eine enorme Dynamik aus.“

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 24.08.2018 , Seite 19

„Starke Argumente“ für LNG-Terminal Brunsbüttel

Wirtschaftsminister Altmaier will Forschung auf dem flachen Land fördern

KIEL Schleswig-Holstein hat offenbar im Wettlauf um das neue LNG-Terminal die Nase vorn. LNG steht für Liquefied Natural Gas, also Flüssigerdgas. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier erklärte gestern bei seinem Besuch in Kiel, dass die Landesregierung „starke Argumente für den Standort Brunsbüttel vorgetragen hat“. Noch in diesem Jahr soll die Entscheidung fallen: Im Rennen für die erste und bislang einzige LNG-Umschlagstation in Deutschland waren zuletzt auch die niedersächsischen Häfen in Wilhelmshaven und Stade. Die „Realisierungschancen haben sich in den letzten Wochen auch dank geopolitischer Weichenstellungen deutlich erhöht“, sagte Altmaier. Er spielte damit auf den Deal zwischen EU-Chef Junker und US-Präsident Donald Trump an. Wie berichtet will Amerika seine teils per Fracking-Verfahren gewonnenen Gasbestände verflüssigen und mit Schiffen

nach Europa transportieren. Für den Bau entsprechender Infrastruktur hat die EU bereits 500 Millionen Euro bereitgestellt. Damit erreicht Europa, dass Trump die neue Gaspipeline für russisches Gas nicht mehr durch Sanktionen verhindert. „Der Druck im Kessel ist jetzt erhöht, die Standortentscheidung für eine LNG-Terminal wird zügig fallen“, erklärte Altmaier in Kiel.

„Die Standortentscheidung für eine LNG-Terminal wird zügig fallen.“

Peter Altmaier
Wirtschaftsminister

Vorwärts soll es auch bei der alternativen Stromversorgung von Schiffen im Hafen gehen. Denn die „das ist nachgewiesen, haben mit ihrem Schadstoffausstoß negative Auswirkungen auf das Umfeld“. Im Fokus stehen aktuell Kreuzfahrtschiffe. Sie sollen künftig am Liegeplatz ihren Strom nicht mehr selbst aus Schweröl erzeugen, sondern Landstrom

aus der Steckdose beziehen. Dieser ist jedoch vergleichsweise teuer und muss deshalb – nach dem Willen der Landesregierung von der EEG-Umlage (rund sieben Cent pro Kilowatt) befreit werden. Altmaier wies darauf hin, dass Brüssel ein Wort mitzureden habe. Allerdings sei – obwohl in Hamburg bereits seit 2016 eine selten genutzte Landstromanlage steht – ein Pilotprojekt denkbar. Bei einer EEG-Befreiung der Kreuzfahrtschiffe müssen die übrigen Stromkunden die Mindereinnahmen ausgleichen – also mehr für den Strom zahlen. Dass dadurch zum Beispiel Senioren mit kleiner Rente indirekt für das Vergnügen der Kreuzfahrtpassagiere zur Kasse geben werden, findet Altmaier unproblematisch. „Dafür wird die Luft auch für Rentner besser“, so seine Argument. Eine Arbeitsgruppe solle in den nächsten Wochen alle Alternativen abwägen, wie der im Vergleich zum Diesel deutlich teurere Landstrom billiger gemacht werden kann.

Weil Altmaier offensichtlich große Sympathien für die Jamaika-Koalition hegt, kann sich der Norden Hoffnung machen, an weiteren Großprojekten beteiligt zu werden. Im Gespräch ist zum Beispiel ein Reallabor, in dem Möglichkeiten der Stromspeicherung und der Sektorenkopplung getestet werden. Dafür kommt offenbar der Kreis Nordfriesland in Frage. „Wir wollen nicht nur Forschung in traditionellen Verdichtungsräumen fördern, sondern auch auf dem flachen Land“, so Altmaier. Das bringe Wertschöpfung auch nach Schleswig-Holstein.

Am liebsten hätte Ministerpräsident Daniel Günther, dessen Jamaika-Koalition wegen „der Dynamik, der fortschrittlichen Ideen und der Vorreiterrolle bei der Energiewende vom Besuch aus Berlin verdächtig häufig über den grünen Klee gelobt wurde, auch noch ein Fraunhoferinstitut für Speichertechnologien im Norden. Doch da hielt sich Altmaier bedeckt - noch! *kim*

Dithmarscher Landeszeitung / Hauptaussage vom 24.08.2018, Seite 17

Weltpolitische Bühne

Signal aus Berlin: LNG-Terminal am Standort Brunsbüttel rückt in greifbare Nähe

Von Michaela Reh

Brunsbüttel – Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) präsentiert sich beim Hafenaabend in Brunsbüttel nicht nur spitzmäßig gelaunt und betont schwungvoll, sondern auch äußerst flexibel.

Eigentlich hätte er den rund 130 geladenen Gästen etwas über den Wertschöpfungsfaktor Energiewirtschaft erzählen sollen. Diese Pläne wirft er aber kurzerhand über den Haufen. Stattdessen serviert der Minister pointiert brandheiße Nachrichten, die sich allesamt um superkaltes Flüssigerdgas (LNG) ranken.

LNG, diese drei Buchstaben stehen für den englischen Begriff Liquefied Natural Gas. In Brunsbüttel wird ein strategisches Tanklager für LNG geplant. Gestern habe der Bund zum ersten Mal „glasklar bestätigt“, dass er sich bei der Förderung des Projektes auch finanziell engagieren wird. Das ist die große Botschaft, die Buchholz nach einem Treffen mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) aus Kiel mitgebracht hat. „Ein bedeutender Tag – das Investoren-Konsortium kann nunmehr sicher davon ausgehen, dass erste Förderentscheidungen noch 2018 fallen.“ Das ist laut Buch-

holz ein eindeutiges Signal aus Berlin. Bisher hat man sich in der Bundeshauptstadt eher bedeckt gehalten.

Ganz anders dagegen Schleswig-Holstein und Hamburg: Die beiden Länder haben bereits vor geraumer Zeit ihre Rückendeckung im Hinblick auf das Millionenvorhaben signalisiert, für das sich Brunsbüttel-Port-Geschäftsführer Frank Schnabel seit 2011 stark macht. Jetzt reagiert endlich auch die Bundesregierung positiv, die ihre Haltung in Sachen LNG offenbar grundlegend geändert hat. Nicht ganz unbedeutend seien dabei, so Buchholz, die Gespräche von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit US-Präsident Donald Trump über die Handelsdifferenzen. „Siehe da: auf einmal spielt Brunsbüttel eine Rolle auf der Bühne der Weltpolitik“, sagt Buchholz. Trump hatte erst kürzlich Deutschland für seine Abhängigkeit von Russland im Hinblick auf die Versorgung mit Gas heftig kritisiert und damit den Druck auf die Bundesregierung erhöht, endlich ein strategisches LNG-Importterminal zu bauen. Dabei agiert Trump nicht uneigennützig: Er möchte Flüssigerdgas nach Deutschland verkaufen. Doch bislang gibt es hier kein strategisches Terminal für die Lagerung von LNG.

Das könnte sich bis 2022 ändern, denn in Brunsbüttel steht mit German LNG Terminal bereits eine Investoren-

gruppe in den Startlöchern, die ihre „finale Entscheidung“ Ende 2019 treffen will. So weit ist man weder in Stade noch in Wilhelmshaven – weitere Standorte, die sich ebenfalls um ein Terminal bemühen.

Das niederländische Unternehmen Gasunie hatte bereits im vergangenen Jahr angekündigt, dass es Brunsbüttel als Standort favorisiere. Im Januar ist das Joint Venture German LNG Terminal aus der Taufe gehoben worden. Zweck ist der Bau, Besitz und Betrieb eines Import-Terminals für flüssiges Erdgas in Norddeutschland. Hinter den Kulissen werde bereits fleißig gearbeitet, wie Unternehmenssprecherin Katja Freitag beim Hafenaabend versichert: „Knapp 30 Mitarbeiter sind damit beschäftigt, verbindliche Kundenverträge auszuhandeln und technische Vorarbeiten zu leisten, um den notwendigen Genehmigungsprozess zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.“ Das Terminal soll nicht nur die energieintensive Industrie in Brunsbüttel versorgen, sondern zudem die Kapazität haben, Teile der Gasversorgung in Deutschland sicherzustellen. Das Terminal könne etwa zehn Prozent des deutschen Gasbedarfs decken. LNG ist umweltfreundlicher als Diesel oder Schweröl und kann zum Beispiel als Schiffstreibstoff dienen. Der weltweit größte Exporteur von LNG ist Katar.

© 2018 PMG Presse-Monitor GmbH